

Niederschrift

Gremium	Sitzung - KRB/051(V)/14			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	Mittwoch, 19.02.2014	Altes Rathaus Hansesaal	17:00Uhr	19:20Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 09.01.2014
- 4 Neu- und Wiederwahl von Schiedspersonen DS0014/14
- 5 Feststellung des Erfrischungsgeldes für Wahlvorstände am 25. Mai 2014 DS0532/13
- 6 Straßenbenennung "Henny-Porten-Straße" DS0018/14
- 7 Unterstützung Suchschachtung Ulrichskirche A0129/13
- 7.1 Unterstützung Suchschachtung Ulrichskirche A 0129/13 A0129/13/1
- 7.2 Unterstützung Suchschachtung Ulrichskirche S0260/13

8	Parkerleichterungen	A0136/13
8.1	Parkerleichterungen	S0256/13
9	Veröffentlichung der Gesellschafterverträge kommunaler Unternehmen der Landeshauptstadt Magdeburg	A0141/13
9.1	Veröffentlichung der Gesellschafterverträge kommunaler Unternehmen der Landeshauptstadt Magdeburg	S0011/14
10	Verbesserung der Ausschilderung in Neu Olvenstedt	A0142/13
10.1	Verbesserung der Ausschilderung in Neu Olvenstedt	S0012/14
11	Graffiti-Gestaltung am Schleinufer	A0148/13
11.1	Graffiti-Gestaltung am Schleinufer	S0003/14
12	Änderung der Hauptsatzung zum Punkt "Einwohnerfragestunde"	A0150/13
12.1	Änderung der Hauptsatzung zum Punkt "Einwohnerfragestunde"	S0001/14
13	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Olaf Meister

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Martin Hoffmann

Stadtrat Martin Rohrßen

Stadtrat Michael Hoffmann

Stadträtin Claudia Szydzick

Stadträtin Helga Boeck

Stadtrat Josef Fassl

Geschäftsführung

Frau Britta Becker

Abwesend:

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundiger Einwohner Ronald Bahrs

Sachkundiger Einwohner Steffen Krausnick

Sachkundiger Einwohner Tino Sorge

Öffentliche Sitzung

1. Bestätigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten und begrüßt die Stadträte sowie die Vertreter der Verwaltung und Gäste. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

2. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Über die Tagesordnung wird wie folgt abgestimmt:

4 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

3. Genehmigung der Niederschrift vom 09.01.2014

Über die Niederschrift der Sitzung vom 09.01.2014 wird wie folgt abgestimmt:

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

4. Neu- und Wiederwahl von Schiedspersonen
Vorlage: DS0014/14

Herr Marske, Amt 30, bringt die Drucksache ein.

Herr Kleinfeldt als Neubewerber für die Schiedsstelle 05 stellt sich kurz vor.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

5. Feststellung des Erfrischungsgeldes für Wahlvorstände am 25.
Mai 2014
Vorlage: DS0532/13
-

Über die Drucksache wird wie folgt abgestimmt:

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

6. Straßenbenennung "Henny-Porten-Straße"
Vorlage: DS0018/14
-

Herr Hesse, FB 62, bringt die Drucksache ein.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

7. Unterstützung Suchschachtung Ulrichskirche
Vorlage: A0129/13
-

Herr Dr. Scheidemann macht Ausführungen zur denkmalschutzrechtlichen Problematik. Er führt aus, dass hierzu ein Konzept erarbeitet werden muss.

Herr Ertl, Amt 61, führt zur vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung aus.

Herr Fassl bringt den Änderungsantrag A0129/13/1 ein.

Herr Rohrßen hat eine rechtliche Frage zum Änderungsantrag.

Herr Marske erläutert, dass es sich bei dem Änderungsantrag um einen Gegenantrag handelt und dieser damit nicht zulässig ist.

Herr Meister hält die Stellungnahme der Verwaltung für fachlich nicht überzeugend. Er unterstützt den Antrag.

Herr Fassl legt dar, dass mit dem Änderungsantrag nicht das Gegenteil erreicht werden soll. Der Platz soll damit als Denkmal geschützt werden. Der Platz wird von den Bürgern so geschätzt, wie er jetzt ist.

Herr Dr. Scheidemann informiert, dass bei allen Eingriffen in Denkmale ein Konzept erarbeitet wurde.

Herr Rohrßen stimmt dem Vorschlag des Kuratoriums nicht zu. Die Stellungnahme der Verwaltung zeigt dies deutlich auf.

Frau Boeck ist für die Ablehnung des Antrages. Es stehen genug Dinge an, die erst einmal zu Ende gebracht werden müssen.

Herr Martin Hoffmann spricht sich gegen den Antrag aus.

Herr Michael Hoffmann hält die Freilegung der Fundamente für sinnvoll, um diese touristisch zu vermarkten. Er spricht sich für den Antrag aus und folgt der Stellungnahme der Verwaltung nicht.

Herr Meister ist der Auffassung, dass hier eine grundsätzliche Entscheidung getroffen werden muss.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

7.1. Unterstützung Suchschachtung Ulrichskirche A 0129/13
Vorlage: A0129/13/1

Über den Änderungsantrag wird wie folgt abgestimmt:

1 Ja-Stimme
5 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

7.2. Unterstützung Suchschachtung Ulrichskirche
Vorlage: S0260/13

Die Mitglieder des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

8. Parkerleichterungen
Vorlage: A0136/13

Herr Kruszinski, Amt 66, macht Ausführungen zur Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Rohrßen hält die Stellungnahme für rechtlich richtig. Bei ihm persönlich funktioniert das Handyparken nicht.

Herr Dr. Scheidemann informiert, dass er selbst auch keine Parkkarte mehr hat. Er parkt seit dieser Zeit mit dem Handy und hat keine Schwierigkeiten.

Herr Michael Hoffmann äußert, dass er auch keine Probleme mit dem Handyparken hat. Er vertritt die Auffassung, dass Stadträte somit nur noch Bürger 2. Klasse sind. Die Verwaltung soll zeigen wie es geht und nicht schreiben, wie es nicht geht. Er erwartet hier eine Lösung, die praktikabel ist.

Herr Dr. Scheidemann legt nochmals dar, dass es rechtliche Vorschriften gibt, die seit ca. 15 Jahren missachtet wurden. Bei dem Anwohnerparken handelt es sich um eine ganz andere Situation.

Herr Kruszinski erläutert, dass das Anwohnerparken eine Regelung der StVO ist. Er erläutert kurz die Voraussetzungen für eine Anwohnerparkkarte.

Frau Boeck schließt sich den Ausführungen von Herrn Michael Hoffmann an.

Frau Szydzick führt aus, dass das Handyparken bei ihr auch nicht funktioniert. Solange es keine Regelung gibt, wird sie die Sitzung verlassen, wenn ihre Parkzeit abgelaufen ist. Momentan ist keine vernünftige Mandatsausübung gewährleistet. Sie ist mit der Stellungnahme der Verwaltung nicht zu Frieden. So wie die Situation jetzt ist, geht es nicht.

Herr Fassl schließt sich den Vorrednern an. Die Stadt ist Eigentümer von Parkflächen, über die sie verfügen kann. Hier sollte eine Regelung für die Stadträte getroffen werden.

Herr Meister schätzt die alte Regelung für sehr bequem ein. Er kann die Stellungnahme der Verwaltung rechtlich nachvollziehen. Bei diesem Problem handelt es sich um ein Alltagsproblem. Wer in der Stadt zu tun hat, hat das gleiche Problem wie die Stadträte. Er sieht die Stadträte daher nicht als herausgehoben an. Er wird in der Tendenz den Antrag ablehnen.

Herr Michael Hoffmann fragt nach, wie es aussieht, wenn die Stadträte sich mit der Anschrift „Bei der Hauptwache“ mit einem Zweitwohnsitz anmelden. Besteht dann das Recht auf eine Anwohnerparkkarte. Weiterhin fragt er nach, was mit dem Behördenparkplatz ist. Besteht hier nicht eine Möglichkeit?

Herr Rohrßen stellt den Geschäftsordnungsantrag auf kurze Unterbrechung der Sitzung, damit er seine Parkzeit verlängern kann.

Dem Geschäftsordnungsantrag wird zugestimmt. Der Tagesordnungspunkt wird für ca. 5 Minuten unterbrochen.

Herr Platz vertritt die Meinung, dass es sich hier um ein hochbrisantes Thema handelt. Er kann nicht verstehen, warum hier das Tiefbauamt so angegangen wird. Er sieht den Parkplatz Johannisberg als eine Möglichkeit. Ebenfalls sollte die Möglichkeit des Behördenparkplatzes geprüft werden.

Herr Salzborn äußert, dass ihm nicht bekannt ist, dass das Landesverwaltungsamt den Vorschlag der Verwaltung geprüft hat. Als Stadtrat ist er in der ganzen Stadt unterwegs, somit helfen auch keine partziellen Lösungen, wie z.B. der Johannisberg.

Herr Rohrßen fragt nach, ob es nicht vielleicht Flächen gibt, die von der Stadt angemietet werden können, wie z.B. das Marietta-Quartier.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
3 Enthaltungen

8.1. Parkerleichterungen
Vorlage: S0256/13

Die Ausschussmitglieder nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

9. Veröffentlichung der Gesellschafterverträge kommunaler Unternehmen der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: A0141/13
-

Frau Boeck bringt den Antrag ein.

Herr Koch, FB 02, macht Ausführungen zur Stellungnahme der Verwaltung. Er hält es für nicht günstig, die Verträge völlig öffentlich zu machen. Die Verträge können jedoch den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden.

Herr Meister fragt nach, was dagegen spricht, dass die Verträge ins Netz gestellt werden können.

Herr Koch untermauert nochmals, dass er es nicht für günstig hält.

Herr Rohrßen fragt nach, ob es hier ein schützenswertes Interesse gibt.

Herr Michael Hoffmann kann die Argumentation der Verwaltung nicht nachvollziehen. Er hält es für sinnvoll, dass die Stadträte bei Bedarf die Verträge einsehen können.

Herrn Platz interessiert die Zielrichtung des Antrages. Betrifft das die Stadträte oder die Öffentlichkeit. Bei den Stadträten sieht er keine Probleme. Bei der Öffentlichkeit ist er sich nicht so sicher. Hier müsste eine Prüfung erfolgen.

Herr Fassl legt dar, dass im Antrag eindeutig „öffentlich“ steht. Das heißt ja auch, dass es nichts zu verbergen gibt.

Herr Rohrßen sieht keinen Punkt, warum die Öffentlichkeit die Verträge nicht einsehen darf. Gesetzlich bedarf es Gründe, etwas geheim zu halten. Ansonsten ist alles öffentlich.

Herr Koch erläutert, dass die Drucksachen alle öffentlich sind. Deutschlandweit ist es nicht üblich, jeden Gesellschaftsvertrag zu veröffentlichen. Bei einem berechtigten Interesse können sie selbstverständlich eingesehen werden.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

- 9.1. Veröffentlichung der Gesellschafterverträge kommunaler Unternehmen der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: S0011/14
-

Die Ausschussmitglieder nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

10. Verbesserung der Ausschilderung in Neu Olvenstedt
Vorlage: A0142/13
-

Herr Kruszinski bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein.

Herr Rohrßen versteht das Ansinnen des Antrages.

Frau Boeck hält die Stellungnahme der Verwaltung für eine Teilantwort.

Herr Kruszinski legt dar, dass die Stellungnahme Teilergebnisse enthält. Es bestehen für das Schwimmbad und für den Sternsee keine besonderen Anlässe einer zusätzlichen Beschilderung.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

10.1. Verbesserung der Ausschilderung in Neu Olvenstedt
Vorlage: S0012/14

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

11. Graffiti-Gestaltung am Schleinufer
Vorlage: A0148/13

Frau Wysocki, Amt 51, macht Ausführungen zur Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Michael Hoffmann erschließt sich nicht, wozu es hier geht. Wem gehört der Bauzaun? Er ist gegen den Antrag.

Herr Martin Hoffmann fragt sich, wieso die Sache so kostenintensiv ist. Wieso ist dies nicht kostenfrei? Es handelt sich nicht um ein Kunstwerk, sondern nur um einen Bauzaun.

Frau Szydzick ist der Auffassung, dass das Geld für etwas anderes verwendet werden sollte. Der Bauzaun ist ordentlich und sie hält es nicht für notwendig.

Herr Meister wird dem Antrag zustimmen. Er hält die Kostenschätzung für überzogen.

Herr Rohrßen äußert, dass hier ein Verschandeln verhindert werden soll. Er sieht hier günstigere Möglichkeiten. Er hält die Stellungnahme der Verwaltung für nicht zielführend. Er unterstützt den Antrag weiterhin. Er ist auch gern bereit, zu spenden. Er fragt nach, wie sich die 50 EUR/m² ergeben.

Frau Wysocki schlüsselt die 50 EUR auf und wird dies an Frau Becker weiterleiten.

Die Aufschlüsselung wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

11.1. Graffiti-Gestaltung am Schleinufer
Vorlage: S0003/14

Die Ausschussmitglieder nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

12. Änderung der Hauptsatzung zum Punkt "Einwohnerfragestunde"
Vorlage: A0150/13

Herr Keller, Amt 30, macht kurze Ausführungen zur Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Michael Hoffmann schlägt vor, diese Regelung mit Beginn der nächsten Wahlperiode einzuführen.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

12.1. Änderung der Hauptsatzung zum Punkt "Einwohnerfragestunde"
Vorlage: S0001/14

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

13. Verschiedenes

Herr Meister informiert, dass er es für sinnvoll erachtet, die Sitzung des Ausschusses am 09.07.2014 ausfallen zu lassen, da am 10.07.2014 die konstituierende Sitzung des Stadtrates stattfindet. Sollte es nötig sein, dass der Ausschuss einberufen werden muss, ist dies jederzeit möglich.

Die Ausschussmitglieder erklären sich damit einverstanden.

Frau Szydzick informiert, dass sie sich bei der Verwaltung entschuldigt hat, dass sie etwas später kommt, da sie vorher noch im Kulturausschuss ist. Sie kann nicht nachvollziehen, weshalb Herr Salzborn als Vertretung für sie an der Sitzung teilnahm und auch in der Anwesenheitsliste unterschrieben hat.

Herr Salzborn hat zum TOP 7 für Frau Szydzick abgestimmt. Ab TOP 8 hat Frau Szydzick selbst abgestimmt.

Sie bittet die Verwaltung um Klärung und eine kurze Information in der nächsten Sitzung.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Olaf Meister
Vorsitzender

gez. Britta Becker
Schriftführerin

